

Neue Runde im Streit um Flugbenzin-Steuer

SPD und Grüne setzen Thema wieder auf die Tagesordnung

Von unserem Redaktionsmitglied
Josef Karg

Augsburg/Berlin

Das Thema ist nicht neu. Bereits zur Zeit des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß war die Besteuerung von Flugbenzin in den 80er Jahren ein heißes Eisen. Zuletzt stand es beim jüngsten Paket zum Subventionsabbau an. Aber im Vermittlungsausschuss wurde es Ende vergangenen Jahres aufgrund des Widerstands der Union wieder heraus gepflückt.

Jetzt setzen SPD und Grüne das Thema erneut auf die Tagesordnung. Bereits im März sei dies im Zusammenhang mit der Bahnreform durch einen Antrag geschehen, berichtet der Verkehrsexperte der Grünen, Albert Schmidt (Ingolstadt), am Dienstag im Gespräch mit unserer Zeitung. Was damals keiner wahrgenommen hatte, schlage nach einem Zeitungsbericht nun wieder hohe Wellen.

Die steuerliche Privilegierung des Flugverkehrs müsse langfristig ein Ende haben, fordern sowohl Schmidt als auch SPD-Fraktionsvize Michael Müller. Zugleich soll Bahnfahren billiger werden. Bislang wird zwar auf Fahrkarten beim Bahnfernverkehr Mehrwertsteuer erhoben, nicht jedoch auf Fernflugscheine. Anders als beim Kraftstoff für Autos wird beim Flugbenzin auch keine Mineralölsteuer fällig. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen von SPD und Grünen die Bundesregierung nun auf, diese Ungleich-

behandlung zu beseitigen. Dazu solle auch der Mehrwertsteuersatz für Fernreisen mit der Bahn reduziert werden. Dies sei im rot-grünen Koalitionsvertrag so vereinbart worden, sagte Schmidt, der vorrechnet: „Das heißt, die Fahrkarten würden um zehn Prozent günstiger.“ Bis zum Herbst soll der Antrag im Bundestag abschließend behandelt werden. Frühestens 2005 könnte es Schmidt zufolge ein Gesetz geben.

Doch ob es soweit kommt, ist fraglich. Von Regierungsseite kam nämlich bereits postwendend ein Dementi: Eine Sprecherin von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) verneinte die Frage, ob die Bundesregierung derartige Pläne habe. Auch SPD-Fraktionsvize Müller räumte ein, dass die Besteuerung von Flugtickets nur schwer durchzusetzen sei.

Einen Grund dafür nennt das bayerische Wirtschaftsministerium: Dies würde gegen internationale Abkommen verstoßen. Und die Fernflüge nur bis zur Grenze zu besteuern, würde „ein bürokratisches Monster“ erzeugen, sagte ein Sprecher im Wiesheu-Ministerium. Bayern sei in jedem Fall gegen ein derartiges Vorhaben.

Die Besteuerung von Flugbenzin oder aber eine entsprechende Emissionsabgabe würde auch von Bayern „grundsätzlich befürwortet werden“. Allerdings nur im Rahmen der EU, heißt es in München. Dies könnte jedoch nach Ansicht von Schmidt in absehbarer Zeit durchaus Wirklichkeit werden, denn auch die EU-Kommission beschäftige sich bereits mit entsprechenden Plänen.

**Bahnfahren
soll billiger
werden**
